



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen des Bundesweiten Koordinierungskreises gegen Menschenhandel KOK e. V.

1. Mit welchen politischen Maßnahmen wird sich Ihre Partei für eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen in Europa und gegen die in vielen Ländern zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume einsetzen?

Antwort:

CDU und CSU setzen sich für ein starkes Europa ein, das Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand fördert. Um die zivilgesellschaftlichen Organisationen zu stärken, möchten wir den europäischen Kultur- und Bildungsraum weiterentwickeln und Demokratie sowie den sozialen Zusammenhalt in Europa stärken. Hierbei setzen wir auch auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Wir wollen die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen erweitern und gegen Einschränkungen in verschiedenen Ländern vorgehen. CDU und CSU sehen in einem vereinten und starken Europa die beste Möglichkeit, diese Ziele zu erreichen.

2. Mit welchen Maßnahmen wollen sie die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen in der EU verbessern und in Richtung einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiterentwickeln?

Antwort:

Ziel von CDU und CSU ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Ob in der Stadt oder auf dem Land, überall in der EU, sollen die Menschen gut leben können und wirtschaftliche Chancen, Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und guter



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Arbeit haben. Sie sollen digital und auch verkehrstechnisch gut angebunden sein. CDU und CSU stehen deshalb zur europäischen Kohäsionspolitik. Mit uns wird insbesondere die Entwicklung der ländlichen Regionen ein Schwerpunkt der EU-Politik bleiben. Diese Regionen sollen neben Land- und Forstwirtschaft auch von neueren Entwicklungen in der Bioökonomie, von erneuerbaren Energien und dem Tourismus profitieren und die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

3. Welche Prioritäten setzt Ihre Partei in der europäischen Migrations- und Asylpolitik? Welche Pläne haben Sie, den Rückbau des individuellen Rechts auf Asyl aufzuhalten, Menschenrechte auch für Migrant*innen und Geflüchtete zu gewährleisten und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen zu?

Antwort:

Schutzsuchende, die die EU-Außengrenzen erreichen, sollen ein Asylverfahren nach allen rechtsstaatlichen Vorgaben und im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention erhalten. Die Verfahren sollen in einem sicheren Drittstaat außerhalb der EU stattfinden. Die Verfahren müssen allen rechtsstaatlichen Voraussetzungen entsprechen. Bei Anerkennung soll der sichere Drittstaat den Menschen Schutz gewähren. Dies ist mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar, wenn der Staat beide Konventionen befolgt und man sicher sein kann, dass er Schutzberechtigte nicht abschiebt. An den EU-Außengrenzen sollen keine Personen zurückgedrängt werden (Pushbacks) oder in Staaten geschoben werden, in denen ihnen Gefahr droht. Das individuelle Recht auf ein Asylverfahren und Asyl bleibt erhalten. Nach Umsetzung des Konzepts soll die EU jährliche Kontingente Schutzbedürftiger direkt aus dem Ausland aufnehmen.

4. Werden Sie den Schutz der Betroffenen von Menschenhandel und den Zugang zu Unterstützung zur Priorität machen? Durch welche Maßnahmen auf



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

europäischer Ebene kann dies aus Ihrer Sicht gelingen? Werden die geplanten Maßnahmen für alle Betroffenen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, umgesetzt?

Antwort:

Menschenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, deren Bekämpfung für uns von großer Bedeutung ist. Die einzelnen Ausbeutungsformen sind seit Oktober 2016 eigene Straftatbestände im Strafgesetzbuch. Deutschland kommt damit den Vorgaben des Europäischen Parlamentes nach, Menschenhandel und vor allem die Ausbeutung von Kindern und Erwachsenen in all ihren Facetten zu bekämpfen. Durch die zunehmenden Krisen ist der Kampf gegen Menschenhandel dringlicher denn je. Die staatlichen und sozialen Institutionen müssen deshalb in ihrem Einsatz gestärkt werden. Noch immer gibt es zu wenige Schutzbestimmungen für Frauen, die gewaltsam zur Prostitution gezwungen werden. Regelungen, die für Tausende verzweifelter Frauen bezahlte Vergewaltigung, Missbrauch, Freiheitsberaubung, teils sogar Folter bedeuten, dürfen keinen Bestand haben. Es braucht deshalb klare gesellschaftliche und gesetzliche Gegenmaßnahmen. Präventionsprogramme und umfassende Bildungskonzepte im Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, die sich für die Aufklärungsarbeit in Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen in Deutschland sowie den Herkunftsländern eignen, werden wir unterstützen.

5. Wie wollen Sie der Ausbeutung von Arbeitskräften (auch grenzüberschreitend) entgegenwirken? Welche Rolle spielen für Sie dabei der Schutz und die Rechte von Wanderarbeitnehmer*innen?

Antwort:

Wir wollen einen starken Arbeitsmarkt mit vielen sozialversicherten Beschäftigten und fair bezahlten Jobs. Faire Arbeitsbedingungen muss es auch für grenzüberschreitend Beschäftigte geben. Wir setzen uns für arbeitsrechtliche und soziale Schutzstandards



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

für alle Beschäftigten ein. Wir stehen für ein soziales Europa, in dem die Menschen arbeiten, die Wirtschaft floriert und so die Mitgliedstaaten mit ihren Steuereinnahmen einen leistungsfähigen Sozialstaat finanzieren können. So helfen wir Menschen in Not. Die Tarifbindung wollen wir erhöhen. Wir wollen die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Arbeitnehmermobilität in Europa verbessern und die sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Regelungen zur Entsendung von Arbeitnehmern schnell vereinfachen.

6. Wie wollen Sie die Kooperation bei der Ermittlung und Strafverfolgung in grenzüberschreitenden Fällen von Menschenhandel verbessern?

Antwort:

Deutschland hat bereits mit allen seinen Nachbarstaaten bilaterale Abkommen zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit geschlossen. Gemeinsame Ermittlungsgruppen (sog. "joint investigation teams" – JITs) sollen zudem für spezifische strafrechtliche Ermittlungen und für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden, um gemeinsam grenzüberschreitende strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen. Sie werden von den zuständigen Behörden zweier oder mehrerer Mitgliedstaaten und möglicherweise von Nicht-EU-Ländern eingerichtet. Am 14.12.2022 gab es zudem eine politische Einigung über den Verordnungsvorschlag zur Schaffung einer speziellen IT-Plattform, um die Effizienz und Wirksamkeit der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in grenzüberschreitenden Fällen zu erhöhen (z. B. durch direkten digitalen Austausch und vorübergehende Speicherung von Beweismitteln). Die Plattform soll nun spätestens zweieinhalb Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung ihren Betrieb aufnehmen.

7. Wie stehen Sie zur Etablierung eines europäischen Verweismechanismus in Fällen von Menschenhandel? Welche Prioritäten sollte dieser haben? Wie



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

werden Sie im Rahmen dessen die Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel länderübergreifend strukturell sicherstellen?

Antwort:

Am 23. April 2024 hat das Europäische Parlament mit den Stimmen der Europaabgeordneten von CDU und CSU die Neufassung der Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer beschlossen. Demnach sollen die Mitgliedstaaten einen oder mehrere Verweisungsmechanismen einrichten und eine nationale Kontaktstelle für die grenzüberschreitende Verweisung der Opfer benennen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu gewährleisten. Die Kontaktstellen sollten als Anlaufstellen dienen, die für die grenzüberschreitende Verweisung von Opfern zuständig sind.

8. Welche Bedeutung messen Sie der Europäischen Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels bei?

Antwort:

Wir haben das Vorhaben des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels von 2011 zu aktualisieren und zu überarbeiten von Anfang an unterstützt. Die Entwicklung der Art und Weise des Menschenhandels bedarf einer Aktualisierung der Vorschriften. Die wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 und Russlands Aggression gegen die Ukraine haben die Schutzbedürftigkeit eines bedeutenden Teils der Bevölkerung in der EU erhöht.

Strengere Vorschriften sollen den Menschenhandel bekämpfen und verhindern. Die neuen Regeln werden den Strafverfolgungs- und Justizbehörden bessere Instrumente zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung neuer Formen der Ausbeutung – einschließlich jener über das Internet – an die Hand geben. Deutschland sollte sich aktiv an der Umsetzung der EU-Strategie beteiligen.